

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den gewöhnlichen Ortspreis von 2 Mk. im Monat, bei Abrechnung durch die Post von 2 Mk. 20 Pf. für den Postzuschlag. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. pro Stück. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angelagerter: Die 4. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes, die 4. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes, die 4. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 205. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 2. September 1926

## Streichung der Kriegsschulden?

Am Ende dieses Augusts ist das zweite Jahr abgelaufen, in dem der Dawes-Plan für Deutschland in voller Wirksamkeit war. Wir sind also mit dem 1. September in das dritte Jahr eingetreten, das uns, soviel ist sicher, eine weitere Erhöhung der aus diesem Plane erwachsenden Lasten bringen wird. Nach den Berichten des Generalagenten für die Reparationszahlungen, der auch die Ausführung des Dawes-Planes überwacht, ist Deutschland bisher allen seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen getreulich nachgekommen. Im Auslande ist man der Ansicht, daß Deutschland auch weiterhin dazu in der Lage sein wird. Im Inlande sind jedoch darüber die Ansichten geteilt. Hinsiehende Blätter drücken die Meinung aus, daß auch im dritten Jahre die Zahlungen sich heftiger als gewöhnlich abwickeln werden. In der rechtsstehenden Presse wird die gegenteilige Ansicht geäußert. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß uns die Erfüllung bisher nur deshalb möglich war, weil immer noch Steuern aus den fremden Anleihen zur Verfügung standen. Deshalb werden gerade von dieser Seite alle die Stimmen des Auslandes eifrig wiedergegeben, die im Interesse einer glatten Durchführung der Dawes-Gesetze eine Änderung des jetzigen Standes, also eine Nachprüfung des ganzen Londoner Abkommens und seiner Folgen, verlangen.

In einer gestern erschienenen Veröffentlichung wird darauf hingewiesen, daß mit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes die schwere wirtschaftliche Krise einsetzte, die heute noch bei uns herrscht und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Man muß dabei den Gesichtspunkt gelten lassen, daß die 120 Millionen Mark, die im letzten Jahre aus Deutschland den Gläubigerstaaten zufließen, die Kraft des inneren Marktes beeinträchtigen mußten und die Arbeitslosen Zahl nicht abnehmen lassen konnten. Man fragt sich, was werden soll, wenn das dritte Jahr noch eine Erhöhung dieser Summe bringt. Das Ausland hat sich daran gewöhnt, die deutschen Finanzen in einem rostigen Nichte zu sehen. Bei uns ist man wesentlich anderer Ansicht, wenn auch die Meinungen im einzelnen auseinandergehen.

Das Dawes-Problem ist aufs engste mit dem internationalen Schuldenproblem verbunden. Das wird jetzt recht zu Bewußtsein geführt, wo Poincaré an eine Regelung der französischen Finanzen geht. Für ihn ist an dem schlechten Stand eigentlich nur Deutschland schuld. Er wird deshalb alles tun, um aus uns alles nur mögliche herauszuquetschen. Dann braucht Frankreich nicht in so großem Umfange Auslandsschulden in Anspruch zu nehmen. Für Poincaré und schließlich wohl auch für seine etwaigen Nachfolger ist dabei immer das Druckmittel, daß die Vereinigten Staaten Frankreich drängen, endlich einmal an die Bezahlung der Schulden zu denken. Man verschweigt es natürlich der Welt, daß man die Finanzen sofort in Ordnung bringen könnte, wenn man die ungeheuren Ausgaben einschränkt und auch davon absehen wollte, die Deutschland umgebenden Völker mit Geld zu ihren Nützlichungen zu versehen. Von amerikanischen Seite ist öfter darauf hingewiesen worden. Genuß hat es bisher aber noch nicht.

Die Nachrichten über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten in der Schuldfrage lauten widersprechend. Bis vor kurzem überwiegen die, wonach man in Washington feststellen und auf seinem Schein bestehen will. Jetzt kommt auf einmal über Genf eine Meldung, wonach es nicht ausgeschlossen ist, daß ein neuer Appell einen günstigeren Boden findet. In Amerika sieht man im Dawes-Plan den Stein der Weisen, der einzig das ganze Reparationsproblem lösen kann. Man dürfte darüber aber anders denken, wenn man sieht, daß man zwar Deutschland zu Frankreichs Gunsten ausplündert, dadurch aber einen seiner wertvollsten Kunden und nicht nur ihn allein verliert. Vielleicht kommt man doch einmal auf den Gedanken, daß es nur einen Ausweg gibt, sowohl die Reparationen wie die Kriegsschulden einfach zu streichen oder doch wesentlich zu verringern.

## Selbstverwaltungskampf im Elsaß.

Gewalt gegen Gewalt.  
Die „Zukunft“ kündigt die Schaffung einer selbstständigen Abwehrgruppen gegen die Angriffe auf die autonomistische Bewegung an und schreibt dazu: „Müssen wir uns im eigenen Lande das Recht der freien Rede von Leuten nehmen lassen, deren Gefühle von den unsrigen ganz verschieden sind? Die Behörden haben sich als unfähig erwiesen, das Versammlungsrecht zu gewährleisten. Daher sind wir gezwungen, uns selbst zu schützen. Wir stellen Gewalt gegen Gewalt. Wir wollen rücksichtslos für unsere staatsbürgerlichen Rechte kämpfen und die Verteidigung des alten und ehrlichen Elsaß-Lothringens gegen die verbrecherischen nationalistischen Angriffe organisieren.“

Fünf Manifestanten, die kürzlich in Kolmar festgenommen und zu je 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden waren — es handelt sich um Kommunisten und um Mitglieder des Heimatbundes — wurden, als sie das Gefängnis nach Verbüßung ihrer Strafe verließen, von

## Die erste Sitzung des Völkerbundsrates

### Die Genfer Einigung.

Das große Hindernis für einen sachlichen Fortgang der Verhandlungen scheint hinweggeräumt zu sein. Nach tagelangen Besprechungen ist es in der Studienkommission zu einer Einigung über die Reform der Wahlbestimmungen zum Völkerbundrat gekommen.

Die von einer Unterkommission formulierten neuen Vorschläge verändern die ersten Anträge des Franzosen Protagoras insofern, als nunmehr im wesentlichen bestimmt wird:

Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt. Ein auscheidendes Mitglied kann während der auf den Ablauf des Mandates folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung beim Ablauf des Mandates oder im Laufe dieser drei Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nichtständigen Mitglieder betragen. Im Jahre 1926 werden neun nichtständige Mitglieder des Rates von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß drei für drei Jahre, drei für zwei und drei für ein Jahr gewählt werden. Von den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten neun Mitgliedern können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung, die in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist, höchstens drei für wiederwählbar erklärt werden. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, die im Jahre 1926 im voraus einem oder zwei oder drei der alsdann gewählten Mitglieder etwa zuerkannt wird, läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 zugunsten anderer, alsdann aus dem Rat auscheidender nichtständiger Mitglieder von der vorgesehene Befugnis Gebrauch zu machen. Es versteht sich indessen, daß, sofern bereits drei Mitglieder 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von jener Befugnis nur in besonderen Ausnahmefällen Gebrauch machen wird.

Fast alle zum Wort kommenden Delegierten stimmten diesen Festsetzungen zu, auch derjenige Polens. Nur der Abgeordnete Spaniens erklärte, sich der Stimme enthalten zu wollen. Er will also nicht zustimmen, aber auch keine Hindernisse bereiten. Der neue Vorschlag wird einstimmig mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Noch im Laufe des Mittwochs begannen sodann die Verhandlungen über die ständigen Ratsitze, bei denen die Ansprüche Spaniens wohl die wesentlichste Rolle spielen werden.

### Vermehrung der ständigen Ratsitze von der Studienkommission abgelehnt.

Genf, 1. September. Die Studienkommission hat in der Nachmittagsitzung ihre Arbeiten beendet. Es wurde beschlossen, von einer Vermehrung der ständigen Ratsitze abzusehen. Der deutsche Vertreter enthielt sich bei diesem Beschlusse der Stimme, ebenso der spanische Vertreter, der sich mit seiner Regierung noch in Verbindung setzen will, damit sie zu der in der heutigen Nachmittagsitzung zum Ausdruck gekommenen Auffassung der einzelnen Kommissionsmitglieder Stellung nehmen kann. Bei der Einseitigkeit der Auffassungen trübte sich eine Abstimmung.

### Spanien bleibt hartnäckig.

San Sebastian. Der Minister des Auswärtigen erklärte in einer Auserkung über die kommende Völkerbundversammlung in Genf, die Haltung der spanischen Regierung ist unverändert. Sie hat in entschlossener Form ihren Anspruch auf einen ständigen Sitz im Rat aufrechterhalten, jede andere Form der Lösung ist für sie ohne jedes Interesse.

### Die erste Ratsitzung.

Genf, 2. September. Unter dem Vorsitz des tschechischen Außenministers trat heute vormittag 11 Uhr der Völkerbunds-

rat zunächst zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Von der spanischen Vertretung ist hierauf dem Völkerbundssekretariat öffentlich Mitteilung zugegangen, daß der spanische Vertreter an der ersten Sitzung teilnehmen werde.

### Freitag Rückkehr der deutschen Delegierten nach Berlin.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Genf, 2. September. Vizepräsident von Goesch und Ministerialdirektor Gaus werden morgen Gelegenheit haben, mit Chamberlain und Briand Rücksprache über die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund zu nehmen. Wenn auch im Prinzip durch die vorläufigen Arbeiten alles geregelt erscheint, so dürfte eine derartige Aussprache doch gewisse Klarheiten über diejenigen Modalitäten bringen, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund begleiten werden. Am Freitag werden die beiden deutschen Delegationsführer Genf verlassen, um in Berlin der Reichsregierung über ihre Eindrücke ausführlich zu berichten.

### Kabinettsitzung in Berlin.

Nachdem die Genfer Studienkommission sich geeinigt hat, so daß die endgültige Lösung der Ratsfrage und damit die Regelung der Voraussetzungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nähergerückt scheint, wird das Reichskabinett dem Vernehmen nach Donnerstag zu einer Kabinettsitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht lediglich die Berichterstattung und Diskussion über die Arbeiten der Genfer Studienkommission. Vor endgültiger Entscheidung werden wahrscheinlich die mündlichen Berichte der zurzeit in Genf weilenden deutschen Vertreter Dr. von Goesch und Gaus abgewartet werden.

### Und die Abrüstung?

Paul-Boncour, ein Hauptvertreter Frankreichs in Genf, hat einem Vertreter des „Deuvre“ Erklärungen über die Abrüstungsfrage gemacht. Die Frage sei, so führte er aus, außerordentlich ernst. Sobald der Streit um die Ratsfrage endgültig erledigt sei, habe sich der Völkerbund mit der Abrüstungsangelegenheit zu befassen. Das Geschick des Völkerbundes hänge von dieser Frage ab. Man müsse unbedingt zu einem Ergebnis gelangen. Wenn dieses darin bestünde, daß die Rüstungen Gegenstand eines internationalen Vertrages würden, so wäre schon viel erreicht. Frankreich nehme die Ehre in Anspruch, als erstes Land eine internationale Aufsicht über seine Rüstungen zuzugestehen. Bisher habe Frankreich auf diesem Wege nur die Zustimmung der kleinen Mächte gefunden, die mit Frankreich zusammengekommen seien. Die großen Mächte hätten sich bisher geweigert, ihm zu folgen. Aber das Wesen der internationalen Aufsicht erklärte Paul-Boncour, es könne sich natürlich nicht um einen Ausschuss handeln, der durch Europa reise und die Kasernen und Arsenale zu besuchen habe. Die nationale Selbständigkeit und das Geheimnis der Mobilisierung könnten nicht in Frage gezogen werden. Das Frankreich wolle, sei ein Kontrollorgan, das aus verschiedenen Vertretern bestehe und das in besonderen Fällen zur Untersuchung herangezogen werde.

### Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

7 Tote, 36 Verletzte.  
Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Madrid, 1. September. Infolge der starken Ueberfüllung der letzten Tage ereignete heute nachmittags auf der Strecke Barcelona-Baleña ein Eisenbahnunglück, wobei 17 Personen getötet und 36 verletzt wurden.

### Gegen den politischen Terror.

Entschiedene Polizeimaßnahmen.  
Der preussische Minister des Innern hat einen Rundbrief an alle Landes- und Ortspolizeibehörden gerichtet, in dem diese ersucht werden, gegen alle Terrorakte, Überfälle und Angriffe in jedem Falle mit Entschlossenheit und Nachdruck einzuschreiten. Die Schuldigen sind festzunehmen und der Bestrafung zuzuführen.  
Waffen und gefährliche Werkzeuge sind wegzunehmen und demnach zu beschlagnahmen. Zu ihrer Erfassung werden möglichst zeitige und häufige Durchsuchungen der bei Umzügen u. a. verwendeten Lastkraftwagen beitragen. Das Mitführen von Pistolen, Schilbern oder ähnlichen Darstellungen ist zum mindesten als grober Unfug anzusehen. Der Begehung strafbarer Handlungen muß nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Hierzu empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig und schon dann einzuschreiten, wenn die Polizei von dem Plan einer Verhaftung unter freiem Himmel oder eines Unrechtes Kenntnis erhält. Zweckmäßig wird eine weitere polizeiliche Nachschau auf den Sammelplätzen für die Veran-

### Erdbebenkatastrophe auf den Azoren.

Eine Stadt zerstört, 50 Tote.  
Auf der Azoreninsel Faial ist ein schweres Erdbeben ausgebrochen, bei dem viele Tote zu beklagen sind und großer Materialschaden entstand. Nach Meldungen aus Faial ist bei dem Erdbeben die Stadt Horta auf der Faialinsel vollständig zerstört worden. Ungefähr fünfzig Personen wurden getötet und viele Häuser beschädigt. Die spanische Regierung hat den Kreuzer „Carvalle Arana“ zur Hilfeleistung entsandt. Es sollen über vierhundert Personen verletzt sein. Die Insel Faial soll ein Trümmerhaufen sein.